Petition 206976

Ernährungssicherstellung - Feststellung einer „Versorgungskrise“ gemäß § 1 Abs.1 Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetzes (ESVG)

Text der Petition	Mit der Petition wird gefordert, die Feststellung einer "Versorgungskrise" gemäß § 1 Abs. 1 Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz (ESVG) zu prüfen und vorzubereiten. Weiterhin ist ein Sofortprogramm "Nationale Ernährungs-Resilienz" aufzulegen, das den zügigen, staatlich geförderten Ausbau von dezentralen Indoor-Farming-Anlagen und radikale Regeneration der Außenböden als überlebenswichtige Infrastruktur priorisiert.
Begründung	Begründung: 1. Akute Bedrohungslage (Tatsachengrundlage): Der aktuelle Super-El-Niño (2026/2027) führt bereits jetzt zu massiven Ernteausfällen bei Weizen, Reis und Soja weltweit (FAO-Warnungen). Prognosen deuten darauf hin, dass bei Fortsetzung des aktuellen Kurses die 2°-Erwärmung bereits 2033 überschritten wird und die Arktis 2030 erstmalig eisfrei sein könnte („Hothouse Earth“-Szenario). Dies führt zu einer exponentiellen Zunahme von Extremwetterereignissen (Hagel, Dürre), die den traditionellen Ackerbau in Deutschland und Europa mittelfristig unmöglich machen. Der BND stuft diese Entwicklungen bereits jetzt als eine der fünf größten Bedrohungen für die nationale Sicherheit ein. 2. Versagen der aktuellen Vorsorge: Die Bundesregierung hat trotz dieser Warnungen im Juli 2026 erklärt, sie sehe „derzeit kein Risiko für die Ernährungssicherheit“. Die bestehenden Notfallpläne (Zivile Notfallreserve für ca. 30 Tage) sind für einen langanhaltenden, klimabedingten Kollaps der Lieferketten völlig unzureichend. Es fehlt jegliche Strategie zur kurzfristigen Substitution der Freilandproduktion durch wetterunabhängige Systeme. 3. Notwendigkeit von Indoor Farming und Bodenregeneration: Angesichts der Unwägbarkeiten im Außenbereich ist der Ausbau von Indoor Farming keine optionale Ergänzung mehr, sondern eine existenzielle Notwendigkeit für die Versorgung mit Frischkost (Vitamine). Gleichzeitig müssen die verbliebenen Böden durch regenerative Methoden (Tiefenlockerung, Humusaufbau) sofort widerstandsfähiger gemacht werden, um Grundnahrungsmittel so lange wie möglich zu produzieren. 4. Ressourcen-Engpass (Silber/Photovoltaik): Die Energieversorgung dieser Systeme hängt von Photovoltaik ab. Der Preis für das unverzichtbare Rohmaterial Silber ist 2026 massiv gestiegen (>130 %).

Ohne staatliches Eingreifen zur Sicherung dieser Ressource droht der notwendige Ausbau der Energieinfrastruktur an Kosten und Materialmangel zu scheitern, bevor er wirksam werden kann.

5. Rechtliche Verpflichtung: Aus Art. 2 Abs. 2 GG (Recht auf Leben) und dem Sozialstaatsprinzip (Art. 20 GG) ergibt sich die zwingende Pflicht des Staates, das physische Existenzminimum der Bevölkerung auch in Krisenzeiten zu sichern. Das Ignorieren vorliegender Geheimdienstwarnungen und wissenschaftlicher Prognosen stellt eine Verletzung dieser Schutzpflicht dar. Das ESVG bietet mit § 1 die rechtliche Handhabe, bei ernsthafter Gefährdung sofortige Maßnahmen (Bewirtschaftung, Produktionszwang, Ressourcensicherung) einzuleiten.

Schlussfolgerung: Wir bitten den Petitionsausschuss dringend, diese Petition als öffentliche Petition auszuweisen und eine Anhörung im Bundestag anzuberaumen, um die Diskrepanz zwischen den Sicherheitswarnungen der Nachrichtendienste und der politischen Untätigkeit aufzulösen und die Weichen für ein Überlebensprogramm zu stellen. Die Zeit für inkrementelle Anpassungen ist abgelaufen.